

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016</b>
Für Rückfragen	Thomas Weibel, Nationalrat, Tel. +41 78 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	11. September 2012

### Wichtiges Signal für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz

**Die Grünliberale begrüßen das klare Signal für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz, welches der Nationalrat heute gesetzt hat. Neben der verstärkten Förderung von Bildung, Forschung und Innovation trägt die ebenfalls beschlossene Glättung bei der Finanzierung der demographischen Entwicklung Rechnung und schafft so die notwendige Planungssicherheit.**

Bildung und Innovation sind die wichtigsten Ressourcen der Schweiz und deshalb zentral für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deshalb ist es aus Sicht der Grünliberalen auch richtig, dass die Ausgaben für die Bildung stärker anwachsen als für andere Bereiche.

Die gesamte schweizerische Bildungslandschaft und insbesondere das duale Bildungssystem müssen weiterhin prosperieren können. Die Grünliberalen stützen dabei das duale Bildungssystem der Schweiz mit all seinen Facetten. Berufsbildung, höhere Fachausbildung und Hochschulbildung ergänzen sich in idealer Weise, wobei die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen von zentraler Bedeutung ist.

Neben der verstärkten Förderung von Bildung, Forschung und Innovation tragen die Grünliberalen auch die beschlossene Glättung bei der Finanzierung mit. Diese Glättung trägt der demographischen Entwicklung der Zahlen der Auszubildenden und Studierenden Rechnung und schafft so die notwendige Planungssicherheit. Deshalb sollen insbesondere in den ersten beiden Jahren die Gelder leicht aufgestockt werden. Von Bedeutung ist die Glättung auch bezüglich Verbindlichkeit. Die Bezüger wissen, dass es keine „stop and go“-Politik gibt.